

Medienmitteilung

Thema	Alpentransitbörse
Für Rückfragen	Markus Stadler, Ständerat UR, +41 79 337 12 16
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, E-Mail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	20. September 2012

Grünliberale bestehen auf Verhandlungen über eine Alpentransitbörse

Die Grünliberalen bedauern, dass der Ständerat dem Bundesrat keine verbindlichen Vorgaben zur Einführung und Ausgestaltung einer Alpentransitbörse machen will und eine entsprechende Motion des Urner glp-Ständerats Markus Stadler abgelehnt hat. Der Entscheid ist unverständlich, weil der National- und Ständerat den Bundesrat gegen dessen Willen erst vor wenigen Monaten zur Fortführung und Intensivierung dieser Verhandlungen aufgefordert hat. Die mit der Motion geforderte gesetzliche Grundlage hätte den Verhandlungsdruck auf die EU erhöht. Ohne umfassende Massnahmen im In- und Ausland wird die Schweiz das vom Volk beschlossene Verlagerungsziel verfehlen. Die Grünliberalen erwarten, dass der Bundesrat den Verhandlungen über eine Alpentransitbörse die gleiche Priorität einräumt wie anderen Verhandlungen mit der EU.

Der Verlagerungsbericht des Bundesrates aus dem Jahr 2011 zeigt klar, dass die Schweiz mit den bestehenden Instrumenten die vom Volk in der Verfassung verankerten Verlagerungsziele verfehlen wird. Eine Reduktion des Verlagerungsziels, wie sie vermehrt gefordert wird, ist für die Grünliberalen sowohl aus umwelt- wie auch aus demokratiepolitischen Gründen inakzeptabel. Vielmehr braucht es umgehend verschiedene Massnahmen, damit dem Volkswillen entsprochen werden kann. Wichtig sind einerseits baulich-technische Massnahmen bei der Bahn, welche Massnahmen für den Strassenverkehr klar vorzuziehen sind. Das heisst, dass eine zweite Röhre am Gotthard oder die Zulassung von Gigalinern für die Grünliberalen nicht in Frage kommen.

Es braucht internationale Lösungen

Dazu braucht es zusätzlich internationale Lösungen mit unseren Nachbarländern. Eine Alpentransitbörse oder ein ähnliches Instrument wäre eine der wirksamsten Massnahmen zur Erreichung des Verlagerungsziels. Mit der Alpentransitbörse könnte die Anzahl der zulässigen alpenquerenden Fahrten schrittweise auf das im Gesetz verankerte Ziel von 650'000 Fahrten hin abgesenkt werden. Deswegen hat der National- und Ständerat den Bundesrat vor wenigen Monaten im Rahmen der Legislaturplanung beauftragt, dass die Verhandlungen mit der EU über eine Alpentransitbörse fortgeführt und intensiviert werden müssen.

Gerade deshalb haben die Grünliberalen kein Verständnis dafür, dass der Ständerat heute die Motion von glp-Ständerat Markus Stadler abgelehnt hat, welche diesen Auftrag an den Bundesrat konkretisiert hätte. Mit der Motion wäre der Bundesrat verbindlich beauftragt worden, bis spätestens zur Eröffnung des Gotthard-Basistunnels eine wenn möglich mit den Nachbarländern abgestimmte Alpentransitbörse oder eine ähnliche Massnahme einzuführen. Diese gesetzliche Grundlage hätte den Verhandlungsdruck auf die EU erhöht.

Die Grünliberalen anerkennen durchaus, dass die internationalen Verhandlungen über eine Alpentransitbörse schwierig sind, was der Bundesrat stets betont. Dennoch kann man erwarten, dass diese für den Bundesrat die gleiche Priorität haben, wie andere ebenso komplexe Verhandlungen mit der EU. Immerhin geht es beim Alpenschutz und der Verlagerung um einen per Volksinitiative beschlossenen Grundsatz in der Verfassung.